



– Es gilt das gesprochene Wort –

GRUSSWORT

von

**Johannes-Wilhelm Rörig,
Unabhängiger Beauftragter für Fragen
des sexuellen Kindesmissbrauchs**

anlässlich

White IT Symposium auf dem 21. Europäischen Polizeikongress

**„Vernetzten Missbrauch vernetzt verfolgen:
Bekämpfung von Kindesmissbrauch und Cybercrime im Internet“**

am 6. Februar 2018 in Berlin

ANSCHRIFT Unabhängiger Beauftragter für Fragen
des sexuellen Kindesmissbrauchs
Glinkastraße 24, 10117 Berlin

KONTAKT PRESSE 030 18555-1554
E-MAIL friederike.beck@ubskm.bund.de
INTERNET www.beauftragter-missbrauch.de
TWITTER @ubskm_de



Anrede

Ich danke Ihnen für die Einladung zu Ihrem wichtigen Symposium.

Im Januar dieses Jahres konnten wir die Spitze eines Eisberges sehen. Ich meine den monströsen Fall aus Staufen bei Freiburg. Ein 9-jähriger Junge wurde von seiner Mutter und deren Lebensgefährten missbraucht und auch im Darknet für Vergewaltigungen angeboten. Die Täter reisten aus Deutschland und Europa an, um das Kind zu vergewaltigen, inklusive Flat-rate über das Wochenende. Zwischenzeitig war das Kind in staatlicher Obhut, wurde dann aber erneut der kriminellen Mutter überlassen. Das Kind hat zwei Jahre lang ein entsetzliches Martyrium ausstanden.

Der Fall ist aus verschiedenen Gründen besonders monströs und aufwühlend. Auf den ersten Blick bestürzen der Tatort Familie und die Tatsache, dass eine Mutter ihr eigenes Kind nicht nur selbst missbraucht, sondern es auch aktiv für sexuellen Missbrauch weiteren Tätern angeboten hat. Auf den zweiten Blick verstört der Tatort Darknet und macht deutlich, mit welcher Brutalität und Grausamkeit bis hin zu Tötungsfantasien sich Pädokriminelle hier untereinander austauschen, Material zusenden und ihre Kinder zum Missbrauch anbieten.

Der Fall ist aber auch deshalb so entsetzlich, weil er das kolossale Versagen von Gerichten und Behörden im Zusammenspiel von Jugendamt, Familiengerichten und Polizei zulasten des Kindeswohls zeigt.

Dennoch hat mich das große Erstaunen von Vielen in Politik, Medien und Öffentlichkeit, dass es etwas so Monströses gibt, überrascht. Die Ermittlerinnen und Ermittler von LKA und BKA haben im „Freiburger Fall“ kein Neuland betreten. Wir alle hier im Saal wissen, dass Täter und Täterinnen im Schutz des Darknets seit Jahren Missbrauchsabbildungen austauschen und sich zu realem Missbrauch verabreden. Das ist unerträglich, aber nicht neu. Neu ist auch nicht, dass Mütter und Väter ihre eigenen Kinder hierfür anbieten – auch wenn Mütter oftmals als Täterinnen unerkannt bleiben. Unwissenheit und Gutgläubigkeit sind ihre starken Helfer.



Sexuelle Gewalt gegen Mädchen und Jungen kann nur systematisch und dauerhaft bekämpft werden

Der „Freiburger Fall“ macht einmal mehr deutlich, dass der Kampf gegen sexuellen Missbrauch in Deutschland nicht konsequent und systematisch geführt wird. Wir dürfen es nicht hinnehmen, dass Bundeskriminalamt und Landeskriminalämter nach wie vor zu wenig Personal haben und nicht ausreichend technisch ausgestattet sind. Wir dürfen nicht hinnehmen, dass Strafverfahren viel zu lange dauern und im Strafmaß das Rechtsgut der „sexuellen Unversehrtheit des Kindes“ oft keinen angemessenen Ausdruck findet.

Ich hoffe sehr, dass der „Freiburger Fall“ nicht ein neuer kurzer Skandal ohne Folgen ist, sondern einen Wendepunkt im Kampf gegen sexuelle Gewalt markiert, auch wenn es sehr schmerzt, dass es immer wieder dieser besonders schrecklichen Fälle bedarf, um im Kampf gegen Missbrauch voran zu kommen.

Ich erwarte, dass Politik nun Mitgefühl und Empörung in richtige Entscheidungen umsetzt: Erste Ankündigungen von einzelnen Politikern habe ich vernommen. Es geht zum Beispiel um die familienrichterliche Fortbildungspflicht in Kinderschutzfragen und zu Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs. Hierbei geht es auch um die Einstiegsvoraussetzung für Familienrichterinnen und -richter. Künftig sollten zum Beispiel Richterinnen und Richtern auf Probe nicht mehr die hochkomplexen Geschäfte von Familienrichterinnen und -richtern übertragen werden.

Meine ausdrückliche Bitte an alle Innen- und Justizminister lautet deshalb: Schärfen Sie Ihre Instrumente im Kampf gegen sexuellen Missbrauch und Missbrauchsabbildungen. Investieren Sie in mehr Personal, bessere technische Ausstattung und bessere Ermittlungsbedingungen. Deutschland darf kein zahnloser Tiger sein, über den Sexualstraftäter lachen. Die Schutzzone Darknet muss für Täter und Täterinnen fallen. Kein Täter und keine Täterin dürfen sich dort mehr sicher fühlen.

Im neuen Koalitionsvertrag sollte stehen, dass Deutschland alle Formen des sexuellen Kindesmissbrauchs systematisch und konsequent



bekämpft – in der analogen und der digitalen Welt. Hierfür muss ausreichend Geld bereitgestellt und ein Kindesmissbrauchsbekämpfungsgesetz verabschiedet werden. Wir brauchen stabile und dauerhafte Strukturen – und vor allem auch vernetzte Strukturen.

Vernetzung als zentrales Instrument im Kampf gegen Missbrauch muss weiter ausgebaut und gestärkt werden

Der Titel Ihres Symposiums lautet: „Vernetzten Missbrauch vernetzt verfolgen“. Genau darum geht es! Ein zentraler Schlüssel zur Bekämpfung von sexueller Gewalt gegen Minderjährige ist die Vernetzung: horizontal: zwischen den Akteuren Polizei, Justiz und vertikal zwischen Bund, Ländern, Kommunen, der EU und im internationalen Austausch.

Deutschland braucht eine Agenda digitaler Kinder- und Jugendschutz

Sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche im Netz ist kein Randproblem. Das Netz ist zentraler Tatort. Kinder und Jugendliche sind dort schutzlos mit Pornografie und Exhibitionismus konfrontiert, Erwachsene groomen Minderjährige im digitalen Raum und Jugendliche werden erpresst und bloßgestellt mit Sexting-Bildern, die gegen ihren Willen weitergeleitet werden. Millionenfach finden sich Missbrauchsabbildungen im Netz und der Handel mit Kindern im Netz zum Zweck der sexuellen Ausbeutung findet nicht mehr nur Asien oder Südamerika statt, sondern mitten in Europa und auch in Deutschland.

Das Netz ist schnell, grenzenlos und anonym und erleichtert die perfiden Taten. Kinder- und Jugendschutz, wie wir ihn in der analogen Welt fordern, findet im Netz derzeit nicht statt. Der digitale Kinder- und Jugendschutz muss dem Internetzeitalter angepasst werden. Der Jugendmedienschutzstaatsvertrag gehört ersetzt. Deutschland braucht ein starkes Jugendmedienschutzgesetz. Die jetzige Gesetzeslage hinkt der Entwicklung viele Jahre hinterher.

Ich begrüße sehr den aktuellen Vorstoß der Koalitionäre, das Jugendmedienschutzrecht zu reformieren und mit einem umfangreichen Maßnahmenpaket den Kinder- und Jugendschutz zu stärken. Dieses muss aber auch den digitalen Raum berücksichtigen. Ich habe deshalb am letzten



Wochenende erneut an die Politik appelliert, die Forderung aus meinem [Programm JETZT HANDELN](#) für die 19. Legislaturperiode zum Digitalpakt umzusetzen und 0,5 Prozent des für den Digitalpakt vorgesehenen Budgets in den digitalen Kinder- und Jugendschutz zu investieren.

Weitere Präventionsmaßnahmen müssen ebenfalls Realität werden: Schutzkonzepte gegen sexuelle Gewalt, wie wir sie für Kitas, Schulen oder Sportvereine fordern, müssen auch für den digitalen Raum gelten. Bereits 95 Prozent der Jugendlichen zwischen 12 und 17 Jahren besitzen ein Smartphone. Täter und Täterinnen haben dadurch nahezu ungestörte Kontaktmöglichkeiten zu Minderjährigen, 24 Stunden, sieben Tage die Woche.

Wirksamer Schutz im digitalen Raum braucht auch ein größeres Engagement der finanzstarken Internetwirtschaft. Von den Internet-Unternehmen erwarte ich, dass sie ihrer Verantwortung künftig stärker nachkommen und ihre wichtigste Zielgruppe, die „Digital Natives“, viel besser vor sexueller Gewalt schützen.

Ich fordere zum Beispiel wirksame Zugangsbeschränkungen und Identifikationsverfahren, realistische Alterskennzeichnungen, leicht sichtbare und niedrigschwellige Beschwerdemöglichkeiten für Kinder und Jugendliche und altersgerechte Informationen für sie sowie kinder- und jugendschutzgerechte Grundkonfigurationen. Ich appelliere an die IT-Wirtschaft, Google, Facebook & Co.: Stellen Sie Kinder- und Jugendschutz vor Gewinnmaximierung und investieren auch Sie noch viel stärker in Aufklärung und Medienkompetenz.

Fehlendes Basiswissen zu sexuellem Kindesmissbrauch bei Gerichten, Behörden und Schulen gefährdet das Kindeswohl

Mein Grußwort habe ich mit Blick auf den erschütternden „Freiburger Fall“ begonnen. Vielleicht wäre das Wohl des 9-jährigen Jungen nicht so schrecklich unter die Räder gekommen, wenn die Verantwortlichen in den Gerichten und Behörden mehr über sexuellen Kindesmissbrauch und seine komplexe Dynamik gewusst hätten. Wenn sie zum Beispiel nicht einer skrupellosen und kriminellen Mutter aufgesessen wären oder beispielsweise das Kind auch selbst angehört hätten.



Im Kampf gegen sexuelle Gewalt gegen Minderjährige fehlt es in vielen Feldern an notwendigem Wissen: Familiengerichte und Jugendämter, Lehrerinnen und Lehrer sowie Erzieherinnen und Erzieher brauchen ein Basiswissen zu sexuellem Kindesmissbrauch. Fortbildungen sollten für diese Berufsgruppen gesetzlich verpflichtend sein.

Alle müssen wissen, was Missbrauch ist und welche Hilfeangebote es gibt

Wegschauen hilft nur den Tätern und Täterinnen. Neben Berufsgruppen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten oder sich in Verfahren mit sexuellem Kindesmissbrauch auseinandersetzen müssen, sollten auch alle Bürgerinnen und Bürger umfassend über sexuelle Gewalt gegen Minderjährige aufgeklärt und zum Thema sensibilisiert werden.

Ich bitte die kommende Bundesregierung deshalb ausdrücklich: Starten Sie mit mir eine umfassende Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagne in der Dimension der Anti-AIDS-Kampagne. Keiner soll sich künftig mehr hinter dem Tabu verstecken. Jede und jeder soll und muss künftig wissen, was sexueller Missbrauch ist, wie die perfiden Strategien der Täter und Täterinnen on- und offline funktionieren, was zu tun ist, wenn Verdacht oder Vermutung im Raum stehen und wo es Rat und Hilfe gibt.

Die heutige Veranstaltung steht auch im Zeichen des „Safer Internet Day“, der in diesem Jahr unter dem Motto steht: „Create, connect and share respect: A better internet starts with you.“ Das Motto soll Aufruf an alle Stakeholder sein, ihren Teil der Verantwortung zur Schaffung eines besseren Internets für alle, insbesondere für die jüngsten Nutzerinnen und Nutzer, zu übernehmen.

Mädchen und Jungen haben ein Recht darauf, sicher mit digitalen Medien aufzuwachsen. Ich freue mich deshalb sehr, dass Sie heute diskutieren, wie wir in Deutschland diesen Schutz verbessern können.

Jetzt bin ich sehr gespannt auf Ihre Podiumsdiskussion!

Herzlichen Dank!